

Neujahrsempfang
DGB Bergedorf
20. Januar 2017

Rede Klaus Wicher, 1. Landesvorsitzender Sozialverband Deutschland e.V.,
SoVD, Landesverband Hamburg
(es gilt das gesprochene Wort)

Auskömmliche Rente statt Altersarmut

Lieber Ernst, lieber Vorstand des DGB Bergedorf, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste,
ich bin sehr gern gekommen, um heute bei Euch die Neujahrsansprache 2017 zu halten. Ich fühle mich sehr geehrt, dass Ihr mir in diesem außerordentlich bedeutsamen und vermutlich auch schwierigen Jahr, diese große Ehre zu Teil werden lasst.

Ganz zu Beginn möchte ich hervorheben, lieber Ernst, lieber Vorstand des DGB Bergedorf, mit Euren vielen Mitstreiterinnen und Mitstreitern, dass vom DGB Bergedorf viele Impulse nicht nur für Bergedorf ausgegangen sind. Ihr habt viel politisch eingebracht und auch viel erreicht. Ihr seid stark. Hervorheben möchte ich Eure Vorschläge zu einer Ausbildungsinitiative, Eure vielen Initiativen zu einer gerechten Verteilung der Vermögen und Einkommen und aktuell zur Errichtung eines Kulturforums in Bergedorf. Der SoVD Hamburg schätzt Euch als sehr innovativen und zuverlässigen Partner. Wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit mit Euch in 2017 und in den kommenden Jahren!

Was viele noch nicht wissen: Der SoVD wird in diesem Jahr 100 Jahre alt und Ernst Heilmann, Euer Vorsitzender, ist ein Enkel eines unserer Gründer 1917. Kämpfer hat und gibt es in Eurer Familie offenbar über Generationen, lieber Ernst. Davon profitiert Ihr.

Zunächst möchte ich auf einige aktuelle Entwicklungen eingehen, bevor ich zum Thema Rente komme.

2017 wird ein Jahr der Richtungsentscheidungen mit Wahlen in mehreren Bundesländern und im Herbst zum Deutschen Bundestag. Danach wird es eine neue sozialpolitische Justierung geben. Unsere zentralen Themen sind Soziale Gerechtigkeit, Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit, an denen wir nicht nur festhalten, sondern die wir einfordern werden. Unsere Ansichten und Ideen dazu werden wir einbringen - wir werden uns einmischen. Wir sind das Kämpfen gewohnt. DGB und SoVD - Seite an Seite.

Vor einem Jahr hätte kaum einer geglaubt, dass Donald Trump Präsident der Vereinigten Staaten werden könnte. Jetzt ist es Wirklichkeit geworden. Er wird versuchen das umzusetzen, was er angekündigt hat. Mit der Rücknahme der Gesundheitsreform („Obama Care“) seines Vorgängers Barrack Obama hat er bereits begonnen. In den USA wird dies zu einer zunehmenden sozialen Spaltung führen. Trump steht außerdem für Rassendiskriminierung, Sexismus und Frauenfeindlichkeit. Dies kann eine Gesellschaft grundlegend verändern. Die USA

ist die größte Volkswirtschaft der Welt und verfügt über den größten Militäretat. Mit dieser Macht ausgestattet, wird der neue Präsident versuchen, die internationalen Beziehungen neu zu justieren. Er stellt die transatlantische Partnerschaft in Frage und diskutiert offen über Handelshemmnisse. Er will Mauern an der Grenze zu Mexiko bauen, er droht mit einem längst überwundenen Protektionismus. Wenn das so kommt, wird uns diese Entwicklung nicht nur ökonomisch schaden, das ist sicher.

Rund um Deutschland, aber auch bei uns gewinnen Rechtspopulisten und Nationalisten weiter an Boden. Sie fühlen sich auch durch den Erfolg von Donald Trump in den USA gestärkt. Nicht nur in Deutschland wird gewählt, auch in Frankreich und den Niederlanden - und die Umfragen für die Parteien am rechten Rand sind gut. Die politische Landschaft in Europa könnte sich danach grundlegend ändern.

Für uns wird es darauf ankommen, den Menschen eine Perspektive zu geben, die abgekoppelt sind und die Angst vor der Globalisierung haben. Diese Menschen eint die Furcht vor dem sozialen Abstieg. Sie fühlen sich politisch ohnmächtig. Jetzt glauben sie, dass die Rechtspopulisten diejenigen sind, die sich für sie einsetzen werden. Illusionen entstehen immer dort, wo die Not groß ist. Nicht nur materielle Not, sondern auch innere Not. Sie entsteht, wo sich jemand verlassen, vergessen oder benachteiligt fühlt. Politik muss auf diese Menschen zugehen und ihnen Halt geben. Das ist unsere Aufgabe. Wir müssen überzeugend verdeutlichen, dass bei uns niemand zurückgelassen wird. Wir müssen Armut erfolgreich bekämpfen, Langzeitarbeitslosen helfen, einen Job zu finden und Altersarmut vermeiden: Das ist Aufgabe der Politik.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Rechtspopulismus, Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit sind stets die Totengräber von Gewerkschaften und Sozialverbänden gewesen. Das hat die Geschichte in vielfältiger Weise immer wieder gezeigt. Massiver Widerstand von uns kann nur die Antwort darauf sein.

Wir erleben eine tiefgehende soziale Spaltung und größer werdende Gegensätze zwischen Arm und Reich, auch in unserer Stadt. Verlierer des globalisierten Kapitalismus geraten immer weiter an den Rand der Gesellschaft. Armut ist in Hamburg allgegenwärtig. Besonders bedrückend ist die seit Jahrzehnten anhaltende hohe Kinderarmut. Aber auch immer mehr alte Menschen geraten in den Sog der Armut. Für sie bedeutet es den Ausschluss aus der Gesellschaft am Ende ihres Lebens. Ein Weg ohne Umkehr! Dies können, dies dürfen wir nicht zulassen.

Noch immer gibt es in Hamburg und anderswo eine große Zahl von Menschen, die für ihre harte Arbeit so wenig Lohn erhalten, dass sie am Ende des Monats aufstockende „Stütze“ beantragen müssen, um auch nur das Existenzminimum für sich und ihre Familie finanzieren zu können. Es gibt in unserem reichen Hamburg und anderswo immer noch viele – zu viele - Menschen, die für eine Stunde harter Arbeit Löhne erhalten, von denen sie kaum leben können und schon gar nicht eine auskömmliche gesetzliche Rente aufbauen können. Es gibt Reiche, die immer reicher werden. 42.000 Millionäre allein in Hamburg

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben uns als Gewerkschaften und Sozialverbände entschieden: diese Verhältnisse wollen wir nicht länger dulden.

Und wenn für alle eine ordentliche Rente am Ende des Arbeitslebens herauskommen soll, dann müssen wir uns dem entschieden entgegenstellen und das werden wir. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften ver.di und IG Metall nenne ich und der SoVD fordern einen Kurswechsel in der Rentenpolitik. Ziel ist, die Alterssicherung in Deutschland zu stärken und sozialen Abstieg und Armut im Alter zu verhindern. Annelie Buntenbach betont zu recht: "Dreh und Angelpunkt ist die gesetzliche Rentenversicherung und damit das Rentenniveau. Der Sinkflug des gesetzlichen Rentenniveaus muss sofort gestoppt werden". Das Rentenniveau muss deutlich auf zunächst mindestens 50% erhöht werden.

Altersarmut steigt jedes Jahr kontinuierlich an, im Bund wie in Hamburg. Das belegen die Zahlen ganz eindeutig. Immer mehr Rentnerinnen und Rentner sind schon ganz unten angekommen. Heute müssen bereits 390.000 Menschen ihre Rente auf das Niveau von Hartz IV aufstocken und diese Zahl wird in den nächsten Jahren dramatisch ansteigen. In Hamburg ist das Problem besonders gravierend. Von 13.000 im Jahre 2005 ist die Zahl der „Aufstocker im Rentenalter“ bereits auf heute rund 25.000 angestiegen. Fast verdoppelt. Das entspricht einer Quote von 7,3 %, bundesweit der höchste Wert, noch vor Berlin, noch vor Bremen. Nimmt man die Erwerbsminderungsrentnerinnen und Rentner hinzu, dann leben in Hamburg über 40.000 Menschen, die von ihrer Rente nicht existieren können. Besonders gravierend ist, dass über 60 % davon Frauen sind. Dies werden wir nicht hinnehmen, Kolleginnen und Kollegen.

Auf dem Arbeitsmarkt hat es gravierende Veränderungen in der Arbeitsmarktpolitik gegeben. Wir erleben eine gewaltige Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse, Beitragsausfällen durch Langzeitarbeitslosigkeit und vermehrter Familienarbeit mit zu geringem Rentenanspruch bei einem kontinuierlich sinkenden Rentenniveau.

Die Minijobs sind stark angestiegen, zu 2/3 sind Frauen davon betroffen. Der Niedriglohnsektor ist von 1995: 18,7 Prozent der abhängig Beschäftigten auf 2013 bereits 24,3 Prozent gestiegen. Die damaligen Arbeitsmarktreformen, die nicht nötig waren, um die Wirtschaft in Gang zu bringen, sind eines der wesentlichen Probleme. Aus ihnen erwächst jetzt und in Zukunft ein Großteil der Altersarmut. Wir brauchen eine Umkehr und zwar sehr schnell.

Das zweite große Problem unserer heutigen Gesellschaft ist das kontinuierlich sinkende Rentenniveau. Letztlich steht das Rentenniveau für Vertrauen in die gesetzliche Rente. Dies darf nicht außer Acht gelassen werden, wenn der weit verbreiteten Angst vor Armut im Alter begegnet werden soll. Streiten kann man sicherlich darüber, wo ein lebensstandardsicherndes Rentenniveau beginnt. Wir sagen, es liegt bei mindestens 53 Prozent. Das war das Niveau vor der Rentenreform 2001. Das aktuelle Rentenniveau ist bereits bei 47,7 Prozent angekommen und wird weiter bis auf 43 Prozent absinken. Hier bedarf es einer Kehrtwende, die jetzt eingeleitet werden muss.

Was kann nun getan werden, um einerseits steigende Altersarmut zu verhindern und zugleich Menschen aus diesem Zustand herauszuholen? Es muss unmittelbar bei den jeweiligen Ursachen angesetzt werden, damit Maßnahmen Wirkung zeigen können. Diese werde ich kurz skizzieren und dabei aufzeigen, wo sich etwas bewegt.

Es gibt grundsätzlich drei Ansatzmöglichkeiten, um der Altersarmut wirksam zu begegnen.

- (1) Die Gehälter im Arbeitsleben müssen so sein, dass davon eine gute gesetzliche Rente aufgebaut werden kann.
- (2) Das Rentenniveau muss bei mindestens 50 Prozent stabilisiert und wieder auf das lebensstandardsichernde Niveau von 53 Prozent angehoben werden.
- (3) Die Ausgleichselemente für beitragsfreie bzw. -geminderte Zeiten müssen wiedereingeführt werden.

Gehälter und Löhne

Der relativ ausgeweitete Niedriglohnsektor kann nicht allein mit einer Maßnahme bekämpft werden. Wir schlagen vor:

- Jährlich dynamisierter Mindestlohn ohne Ausnahmen
- Regulierung von Leiharbeit und Ersatz von Minijobs
- Bekämpfung des Missbrauchs bei Werkverträgen.

Hier gibt es Ansätze in der Regierungspolitik. Wir müssen allerdings genau hinsehen, was im Einzelnen geplant wird und wie das Ergebnis wirken kann.

Bei Arbeitslosigkeit:

- Entrichtung von Rentenversicherungsbeiträgen bei ALG II Bezug
- Verlängerung des Bezugs von ALG I

Bei Familienarbeit:

- Ausbau der Beiträge für Pflegepersonen
- Vollständige Gleichbehandlung bei der sog. Mütterrente

Bei Erwerbsminderung:

- Stärkere Prävention und Rehabilitation
- Aufgabe der Kostendeckelung bei den Reha-Ausgaben
- Zurechnungszeit schnell verlängern
- Streichung der Abschläge von bis zu 10,8%

Hier plant die Koalition in Berlin in Schritten, die Zurechnungszeit von 62 auf 65 Jahre zu verlängern. Immerhin ein kleiner Schritt in die richtige Richtung.

In der Rentenbezugsphase – wenn jemand schon in Altersarmut ist:

Befristete Verlängerung der Rente nach Mindestentgeltpunkten bis zum Stichtag der Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes.

Stufenweise **Anhebung des Rentenniveaus** zunächst auf 50 und dann möglichst bis auf 53 %. Dies ist zentral, wenn wir bessere Renten erhalten wollen.

Für Bezieherinnen und Bezieher von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung:

- Einführung eines gestaffelten Rentenfreibetrags
- Zugang zur Grundsicherung bei Erwerbsminderung auch für befristete Erwerbsminderungsrentnerinnen und –rentner.

Hier plant die Koalition in Berlin auch noch in dieser Wahlperiode, die Einführung von Freibeträgen (Vorschlag des SoVD). Allerdings sollen nur private Vorsorge (Riesterverträge) freigestellt werden. Wenn nicht gleichzeitig Ansprüche aus der gesetzlichen Altersrente gleichbehandelt würden, ist dies nach unserer Auffassung verfassungswidrig.

Bei **Selbstständigkeit**:

Aufnahme in die gesetzliche Rentenversicherung; besser noch: Die Einführung einer Erwerbstätigenversicherung

Die Koalition plant Verbesserungen bei den Betriebsrenten und bei Riester. Dagegen wäre nichts zu sagen, wenn dies als eine zusätzliche Absicherung betrachtet werden könnte. Das ist es aber nicht, denn es bleibt beim Drei-Säulen-System mit der Absenkung der gesetzlichen Renten. Es fehlt an Vorschlägen zur Sicherung des Lebensstandards durch die gesetzliche Rente. Dies ist nicht akzeptabel!

Die Vorschläge von DGB und SoVD verursachen höhere Kosten. Deswegen ist es dringend erforderlich, dass wir eine gesellschaftliche ernsthafte Diskussion darüber führen, was einer solidarischen Gesellschaft die Arbeit und Alterssicherung wert sind. Ist Alterssicherung nicht auch „systemrelevant“ – wie bei Banken - in Bezug auf die Legitimation der gegenwärtigen Ordnung? Eine Frage der Gerechtigkeit? Unsere Vorschläge führen auch zu Mehreinnahmen, so dass man sich nicht nur auf die Kosten fixieren darf.

Jüngster Vorschlag für eine Rente mit 69 (Bundesbank).

Schon die Rente mit 67 wird nicht zu einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit, sondern zu einer Vergrößerung der Lücke zwischen Berufsaustritt und Renteneintritt führen. Die Folgen sind absehbar: Die Vorruhestandsarmut wird sich vermehren und in der Folge auch die Altersarmut.

Ziel sollte es sein, das tatsächliche Renteneintrittsalter an die Regelaltersgrenze heranzuführen. Und hierfür muss die Beschäftigungssituation der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbessert werden. Zum Beispiel durch Teilrentenmodelle.

Wir brauchen eine Orientierung dafür, was an Vorschlägen gut oder nicht gut ist. Das kann die Rentenkampagne der Gewerkschaften leisten.

- Rente muss für ein gutes Leben reichen!
- Rente muss auch morgen reichen!
- Rente muss für Würde im Alter reichen!

Dies stellt sich nicht von allein ein. Hierfür muss man auch kämpfen und streiten, Kolleginnen und Kollegen. Gewerkschaften und Sozialverbände müssen öffentlich Position beziehen.

Vorschläge von Frau Ministerin Nahles

Die Vorschläge von Frau Ministerin Nahles sollen den Lebensstandard im Alter sichern und Nachhaltigkeit auch für die jüngere Generation schaffen.

Zunächst muss festgestellt werden, dass für Rentnerinnen und Rentner, die sich bereits in Altersarmut befinden, keine Verbesserungen vorgesehen sind. Hierzu wären Maßnahmen notwendig, um auch zurückliegende Zeiten besser zu bewerten. Die sind jedoch nicht vorgesehen. Ein Ansatz zu einer „Lebensleistungsrente“ ist uns die Koalition noch schuldig.

Für zukünftige Rentnerinnen und Rentner soll nach wie vor das drei Säulen Modell die Basis für die Alterssicherung sein. Dabei sollen insbesondere die Betriebsrenten durch z. B. Zuschüsse für Geringverdiener verbessert werden. Ebenso soll die Grundzulage bei der Riester-Förderung angehoben werden. Das lehnen wir ab.

Auch wird skizziert, dass das Rentenniveau bei 46 % gehalten und das Beitragsniveau einen bestimmten Wert nicht übersteigen soll, um die Rentenentwicklung besser als bisher an die Lohnentwicklung anzukoppeln. Um dies zu erreichen, sind mehr Steuermittel einzusetzen. Das ist das Konzept in Kurzform.

Nach den Vorstellungen von DGB und SoVD muss die gesetzliche Rente so ausgestaltet sein, dass sie für die Lebensstandardsicherung im Alter ausreicht. Dazu ist das Rentenniveau zunächst auf 50% und dann bis auf 53 % anzuheben. Diese und die anderen notwendigen Maßnahmen habe ich bereits skizziert. Im Ergebnis können wir mit den Vorschlägen von Frau Ministerin Nahles nicht zufrieden sein, auch wenn für die Erwerbsminderungsrentnerinnen und -Rentner und für Grundsicherungsempfänger (so allerdings Verfassungswidrig) Verbesserungen erreicht werden.

In anderen Parteien gibt es Vorschläge, die allerdings zum Teil weit hinter denen von Andrea Nahles zurückbleiben. Die Linke hat mit einer Grundrente von 1050 Euro einen Vorschlag, der diskutiert werden kann, der allerdings das bisherige Rentensystem sprengt. Wenn man darauf umsteigen möchte, wäre zu beachten, dass aus dem bestehenden Rentensystem Ansprüche über viele Jahrzehnte bestehen bleiben, die zusätzlich finanziert werden müssten. Wenn ich mir so manche Vorschläge aus der Politik ansehe, fällt mir ein Zitat von Tucholsky ein: Man kann den Hintern schminken wie man will, es wird kein ordentliches Gesicht daraus.

Am Schluss möchte ich noch kurz auf Möglichkeiten zu sprechen kommen, die Hamburg hat.

Im Koalitionsvertrag von Rot/Grün ist verankert, dass 1.000 Langzeitarbeitslose in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gebracht werden sollen. Eine Forderung des SoVD, die in den Vertrag aufgenommen wurde. Das würde den Menschen unmittelbar helfen und sie könnten Rentenansparungen aufbauen. Diese Zusage ist leider noch nicht umgesetzt.

Ebenfalls im Koalitionsvertrag ist festgelegt, dass die aufsuchende Seniorenarbeit in Gang kommen soll. Dies wäre eine Hilfe für diejenigen, die einsam zu Hause sind, die Hilfe benötigen etc. Mehrmals haben wir Frau Senatorin Prüfer-Storcks und die Parteien in der Bürgerschaft dazu angesprochen. Bisher ohne Ergebnis.

Für bedürftige Menschen, nicht nur im Alter, benötigen wir sogenannte haushaltsnahe Dienstleistungen.

- bezirkliche Seniorenberatungsstellen und Seniorentreffs ausbauen
- Kostenfreier ÖPNV/Keine Stromabstellung
- Ausbau der Wohn- und Pflegeaufsicht

Um nur einige Beispiele zu nennen.

Hamburg hat seit mindestens drei Jahren hohe Steuermehreinnahmen von über 500 Mio. Euro pro Jahr. Die Verwendung der Mittel ist immer eine politische Entscheidung, die so oder so fallen kann.

Der Hamburger Senat kann mehr tun und kann es auch bezahlen.

- Aufsuchende Seniorenarbeit
- Kostenfreie haushaltsnahe Dienstleistungen
- Keine Stromabschaltungen. Einrichten einer Clearingstelle
- Kostenfreier ÖPNV
- Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen in den Behörden

Auskömmliche Rente statt Altersarmut muss unser Ziel sein. Dies kommt nicht von allein. Es wird auf die Gewerkschaften, die Sozialverbände und andere wesentliche Player ankommen und darauf, welchen Druck wir machen wollen und können. Es kommt auf jeden von uns an!

Ich danke Euch für Eure Aufmerksamkeit.